

Goldfische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 586.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 195.

Abgabe für Halle und Magdeburg 2,00 M., für die Provinz Sachsen 3 M., für das Ausland 4 M. Die Goldfische Zeitung erscheint dreimal wöchentlich. — Druck und Verlag: Dr. Walter Griebenauer in Halle a. S.

Montag-Ausgabe

Abgabe für die landespolitische Beilage oder deren Raum für Halle 15 Pf., sonst 25 Pf. Beilage 20 Pf. Beilagen im Einzelnen nach dem Inhalt des Beilagenblattes. Druck und Verlag: Dr. Walter Griebenauer in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 154.
Schließung: Dr. Walter Griebenauer in Halle a. S.

Montag, 15. Dezember 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Brandenburgstr. 2.
Telephon Amt Va. Nr. 1444.
Druck und Verlag von Otto Zöfel in Halle a. S.

Aus dem Reichstage.

Wieder fand man sich am Sonabend um 10 Uhr Morgens zusammen. Man hoffte mit dem Zolltarif fertig zu werden, und man setzte es auch durch. Der Eisenbahner Antrick aus Berlin konnte zunächst das deutsche Parlament in einer Weise, die alles bisher Dagewesene an Albernheit und Stumpfheit übertrifft. Zu Anfang der Sitzung erklärte Graf Bülow die Zustimmung der verbundenen Regierungen zu der beschlossenen Fassung des Gesetzes. Er führte aus, häufig von ironischen Zwischenrufen unterbrochen, daß die verbundenen Regierungen dem Antrag Karborff in allen Dingen zustimmen, daß sie sich selbst mit der Aufhebung der ständigen Verbots einverstanden erklären und nichts einwenden gegen den Entschluß, um die Heberische der fassalen für den für die Arbeiter zu tun. Wiederholt unterbrechen ihn die Sozialdemokraten auf das Schärfe, so daß er sich genötigt sieht, mit einem kleinen entpörrten Knäuel auf den Tisch an den Anstand zu appellieren. Ihm folgt als Redner Eugen Richter, der noch einmal seine Theorien entwickelt, jedoch trotz einer gewissen Eleganz seiner Ausführungen ebenso wenig die Aufmerksamkeit zu fesseln mag, wie sein Nachfolger Mollenburg, der fündelnd alles wiederholt, was er und seine Freunde bereits zum Überdruß gesagt haben. Auch Herr Barth hat das Bedürfnis, seinen zahllosen Neben noch eine weitere hinzuzufügen, ein Umstand, dem die Kollegen eifrig zustimmen, um ihr Bedürfnis nach dem Mittagessen zu befriedigen. Aber sie wurden in ihrer Verbauung durch die Glöde gestört, die plötzlich das Zeichen gab, daß der Kanzler rede. Er sprach besser als vorher, ein wenig frisch und sogar ein wenig polemisch. Einerseits hatte er das Bedürfnis, sich zur Mitwirkung der Verhandlung zu bekennen, andererseits wies er die Anse darauf hin, daß sie nur die Wünsche des Auslandes befolge, wenn sie Deutschland stets als besonders vertragsbedürftig hinstelle. Diesmal fand der Kanzler beim auch wiederholten Befehl. Unter wilden Schreien der Anthe hielt Abg. Baumbach die Rede, deren Name von heute ab für die mit heiler Stimme zum Kampf heraus. In einer kurzen Erklärung theilte Herr Baumbach mit, daß die Polen der Vorlage zustimmen werden, und bald darauf wurde mit 206 gegen 118 Stimmen der Beschluß der Generaldebatte angenommen. Mit einer langen Geschäftsordnungsdebatte, in der auch Herr Baumbach Sengers aberner Drohungen ungehörig sprechen konnte, trat man in die Spezialdebatte ein, die wieder durch die Ueberreichung zahlreicher sozialistischer Anträge eingeleitet wurde.

Und dann ging der „Genossen“ Antrick trauriger Stern auf. Um 4 1/2 Uhr ergiff er das Wort, der Eisenbahner Antrick aus Berlin, dessen Verhinderung durch die Sozialdemokraten von Glanz der parlamentarischen Verhinderung umstrahlt ist. Er hat den höchsten im Deutschen Reichstage bisher dagesessenen Redner abgelöst und selbst den Freund Stöckhagen als arbeitsame Stimmer weit hinter sich gelassen. Herr Antrick sprach und sprach Stunde um Stunde, nur um zu sprechen, lediglich in der Absicht, die Verhinderung am Sonabend nicht zu Ende kommen zu lassen, sondern noch eine Sitzung am Montag zu erwirken. In der Mehrheit fanden sich Elemente, die der Verhinderung garrnisch zu obgenagt waren. Das Uebermaß der unglückseligen Verhinderung jedoch rief auch ihren Widerstand hervor. Wie durch die Obstruktion im Gange wurde durch die Antricks Dauerrede die Mehrheit in diesem einzelnen Falle zu Gegenmaßnahmen zusammengekommen.

Allen Seiten konnte man auf den Tribünen folgen hören; jetzt mag die Mehrheit machen, was sie will, man kann ihr nichts überreden. Nur Herr Antrick und seine Parteifreunde hatten das Gefühl dafür nicht. Der Reichstagschef Graf Bülow „ab mit mehreren Staatssekretären vom frühen Morgen bis zum späten Abend — kurze Unterbrechungen abgesehen — auf seinem Platze. Jeder konnte die Entschlossenheit sehen, der Obstruktion das Terrain nicht zu lassen, aber Herr Antrick redete unentwegt weiter. Gatte er auf das Verlangen des elektrischen Lichts gewartet? Der Präsident hatte Vorlage getroffen, die abgenutzten Stühle der Bogenlampen werden allmählich der Reihe nach ausgedehnt. Allein Herr Antrick redete weiter. Mächtig wurde, je länger er sprach, die Empörung der Mehrheit um so größer, aber sie ließ es sich in mühevoller Selbstüberwindung nicht merken. Herr Antrick hat den Ruhm, die längste Rede Stadttagens noch um viele Stunden übertrieben zu haben. Ein trauriger Ruhm, mühsal die Zeit zu vergeuden, geschäftlich die einzelnen Positionen, und nur von Zeit zu Zeit, wenn er der Reden recht eindringlich den „Geistismus der Mehrheit“ zu Gemüthe führen will, wie sie den Volks- Millionen aus der Tasche zieht, dann steigert sich seine Stimme. Kurz nach Mitternacht ertönt plötzlich die elektrische Klingel, und wie mit Außerordentlich werden die zahlreichen Schächer müde, der Saal fällt still und eine gewisse Erregung macht sich bemerkbar. Von der Reden werden geräusche „Rufe“, „Rufe!“, hörbar, die von der Bank aus ebenfalls gezeitet „Rufe! Rufe!“ beantwortet werden. Genossen erhebt sich Graf Falkenberg, „Rufe hören und brüllen!“ löst es freudig von seinen Lippen, und daß feterliches Schmelzen senkt sich wieder auf die Versammlung, Um 12 Uhr 35 Minuten, genau acht Stunden, nachdem Antrick begonnen, ertönt die elektrische Klingel — das erlösende Zeichen, daß die Dauerrede zu Ende. Unter dröhnendem Bravo und ver-

einzeltem Säbelklängen seiner Freunde steigt Herr Antrick die Stufen herunter und empfängt die Glückwünsche seiner Freunde. — Dann beantragt Herr Spahn den Schluß der Debatte. Der Saal ist wieder dicht gefüllt, die Mehrheit hält tapfer aus. Herr Singer verlangt namentliche Abstimmung, und mit 234 gegen 73 Stimmen und einer Stimmenhaltung wird der Beschluß abgefaßt. Bevor es nun zur Abstimmung über den § 1 des Tarifgesetzes kommt, erhebt sich ein Streit über die Uebertragung auf Tagesordnung über die Abänderungsanträge der Rinder.

Wie wir einem Theil unserer Leser schon gestern durch Extrablatt bekannt geben konnten, erledigte der Reichstag nach 18 1/2 stündiger ununterbrochener Sitzung die dritte Lesung der Zolltarifvorlage. Das Haus nahm die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit dem Antrag Gerold an. Die Tarifvorlage wurde in endgültiger Gesamtabstimmung mit 202 gegen 100 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Minutenlanges Bravo der Mehrheit. Fürsprache bei der Minorität.) Reichstagschef Graf Bülow und Staatssekretär Graf von Posadowsky wurden vielfach beglückwünscht. Schluß um 4 1/2 Uhr früh. Nächste Sitzung am 13. Januar 1903.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Dezember.

Einem offiziellen „Rückblick“ auf den Kampf um den Zolltarif, der trotz der Antricks Stumpfheit-Neben zu Ende gegangen ist, giebt die „Vorab. Allg. Ztg.“. Nach den einleitenden Bemerkungen heißt es in dem Regierungs-Artikel folgendermaßen:

Die Frage, welche Gestalt das große Reformwerk als Basis für die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen des Reiches zum Auslande erhalten soll, hat die öffentliche Aufmerksamkeit, zumal in den letzten Monaten, so überwiegen auf sich gelenkt, daß alle anderen innerpolitischen Probleme, wie bedeutsam sie auch sein mögen, in den Hintergrund gedrängt wurden. Aus dieser Lage der Dinge ergab sich von selbst, daß der rücksehende Beobachter der jüngsten Vergangenheit auf innerpolitische Gebiete sein Augenmerk fast allein durch solche hervorzuhebenden Erscheinungen angezogen sieht, die unmittelbar oder mittelbar mit den lebhaften Auseinandersetzungen über die Frage des Zolltarifs im Zusammenhang stehen.

Es würde zu weit führen und keinem praktischen Zwecke dienlich sein, wollte man sämtlichen Wendungen der nunmehr zum Abschluß gekommenen Kämpfe um die einzelnen Positionen des Zolltarifentwurfs nachgehen. In ihrer letzten Phase ist Zweifellos scharf zu unterscheiden. Auf der einen Seite handelte es sich um die tatsächliche Verständigung zwischen den verbundenen Regierungen und der Mehrheit des Reichstages über die freitragenden Punkte, die einerseits für die verbundenen Regierungen und Mehrheitsparteien annehmbarer Gestaltung des Zolltarifs bis dahin im Wege standen; auf der anderen Seite galt es, eine formelle Behandlung des Gegenstandes in Reichstages zu finden, durch die die Bestimmungen der Verfassung, das Zustandekommen des neuen Zolltarifs zu unterbreiten, paratfertig werden konnten. Was die Verständigung über die tatsächlichen Differenzpunkte anlangt, so wurde sie auf der bekannten Grundlage erzielt. Die Mehrheitsparteien verzichteten, von patriotischen Rücksichten auf das Gemeinwohl geleitet, auf die Geltendmachung gewisser Sonderwünsche und begnügten sich mit den Erreichbaren, während die verbundenen Regierungen, den von der Mehrheit geäußerten Wünschen, soweit angängig, entgegenkommend, auf ihrem Entschlusse beharrten, der Landwirtschaft und dem Gewerfleiß Deutschlands den erforderlichen Zollschutz zu sichern und die Möglichkeit des Abschlusses neuer günstiger langfristiger Handelsverträge offen zu halten. Der Kern, den ein Theil der ausländischen Kreise sichtbar, seitdem die Vollendung des neuen deutschen Zolltarifs, die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen in nahe Aussicht gerückt ist, vermag nicht den Eindruck zu erwecken, daß es deutsche Interessen sind, denen die Erheber des Arms ihre Sorge widmen. Im Uebrigen ist auch bei handelspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Auslande festzuhalten, daß nicht die „mehr oder minder drohende Gefährdung der Druckerstände auf Papier“ maßgebend ist, sondern die realen Interessen der Staaten und Völker, nach Billigkeit gegeneinander abgemessen, den Ausschlag geben.

Die Frage, wie die Mehrheit des Reichstages ihren Willen gegenüber der obstruierenden Minderheit durchzusetzen für richtig hielt, gehörte, so lange sich die Mehrheit auf dem Boden der Verfassung bewegte, ausschließlich vor das Forum der Volksvertretung selbst. In England, wo das Parlament verfassungsmäßig den regierenden Ausschuss der Mehrheit des Parlaments bildet, pflegt die Regierung von Fall zu Fall auch Änderungen der Geschäftsordnung vorzuschlagen, wenn ihr solche zur Erreichung gesetzgeberischer Zwecke angebracht erscheinen. Bei uns dagegen ist in der Reichsverfassung die Ordnung des inneren Geschäftsanges des Reichstages vorbehalten, und entscheidend ist hier naturgemäß der Wille der jeweiligen Mehrheit. Dies hat sich nun, um ihren Entschlüssen hin-

sichtlich der Zolltarifvorlage Geltung zu verschaffen, genötigt gesehen, zwei Änderungen der seitigen geschäftsordnungs-mäßigen Gepflogenheiten eintreten zu lassen. Durch den angenommenen Antrag Antrick wurde das getraubende mündliche Verfahren der namentlichen Abstimmungen wesentlich abgeändert, indem an Stelle des Auftrufs jedes einzelnen Abgeordneten die schriftliche Abstimmung eingeführt wurde. Die zweite Änderung, die sogenannte lex Gröber, beschränkt die Verhinderung der Verhandlungen durch die Bestimmung, daß es dem freien Ermessen des Präsidenten anheimgestellt wird, ob ein Abgeordneter das Wort zur Geschäftsordnung erhält, sowie durch die fernere Vorschrift, daß Neben zur Geschäftsordnung fünf Minuten nicht überfordern dürfen. Der Abgeordnete Gröber hat überdies für den Fall der Nothwendigkeit weitere Verhinderungen der Geschäftsordnung in Aussicht gestellt.

* Von den Nationalliberalen. Dem Abgeordneten Passermann als Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion sind eine solche Menge von Zusatzen gegenüber dem Antrag Karborff ausgesprochen, daß er außer Stande ist, den Parteifreunden im Lande einzeln danken. Die „National. Korresp.“ ist beauftragt, statt dessen Herrn Passermann Dank zum Ausdruck zu bringen.

* Der weitere Ausbruch des Handelsvertragsbereichs hat mit 60 gegen 6 Stimmen den besetzten Antrag abgelehnt, sich für die Regierungsvorlage zu erklären. — Dann wird sie halt ohne die Approbation des Portemonnaie-Bereichs Gesetz werden müssen!

* Die Reichstagsferien sollen bis zum 13. Januar dauern, da an diesem Tage frühestens der Etat eingebracht werden kann. Auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahre sollen Petitionen gesetzt werden.

* Der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe hat an die Vertretungsmänner ein Redigierungsverhalten schreiben über seine Haltung zum Zolltarif gefordert, in welchem es nach der „Deutsch. Tagesztg.“ u. a. heißt: Der Bund der Landwirthe muß auf ein weiteres Zusammengehen mit denjenigen politischen Parteien und Abgeordneten verzichten, welche seine wichtigsten Ziele durch Annahme des Antrags v. Karborff preisgeben.

Das führende Organ der deutschen Konföderation, die „Agr. Ztg.“, bemerkt hierzu:

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirthe hat einen Kampfruf gegen diejenigen Mitglieder der konföderativen Partei erlaßt, die aus gewissenhafter Ueberzeugung der Landwirtschaft und dem Gemeinwohl dadurch an Wehen zu dienen glaubten, daß sie der Verständigung über die Zolltariffrage beitrugen, so sehen wir dieser Kundgebung entgegen. Wenn dieser Kampfruf wirksam sein will, hängt nicht allein vom engeren Vorstande, sondern vielmehr von der Mitgliedschaft des Bundes der Landwirthe ab. Ob diese in überwiegender Zahl geneigt sein sollte, einen Bruch mit der konföderativen Partei anzugehen, wird vorläufig in Frage abgewartet werden können.

Das Parteiblatt der Reichspartei, die „Post“, erklärt

folgendes: Es ist abzuwarten, ob diese aggressive Taktik des Bundesvorstandes gegenüber der konföderativen Partei innerlich des Bundes selber überall Verständnis und Billigung findet. Es fehlt nicht an Symptomen, daß man auch in Bundeskreisen die Nothwendigkeit des Kompromissanges Karborff in vollem Maße würdigt.

Am Anschluß hieran veröffentlicht das Blatt folgende Zusätze aus München:

Der Reichstagsvorschlag des Bundes der Landwirthe für den österreichischen Zolltarif hat die „Post“ folgende Erklärung: „Obgleich ich überzeugt bin, daß der Zolltarif nicht alle berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft erfüllt, so bin ich doch der Meinung, daß derselbe folgende wichtige Ergebnisse erzielt: 1. Die Erhöhung des Generaltarifs für fast alle Erzeugnisse der Landwirtschaft, 2. die Einführung von Werthzöllen für Weide, 3. die Einführung von Gewichtszöllen für alle anderen Vieharten, 4. die Einführung von Uebertragungs-gewichten, 5. die wesentliche Bekräftigung der gemischten Privatantizipal-tarife, 6. die Aufhebung aller Zollbefreiungen bei der Einfuhr von Getreide, 7. die sofortige Stilllegung der Einmischungen bei der Einfuhr von Getreide, 8. Herabsetzung der Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe. Da nach Mittelungen des Reichstagschefs der Landwirtschaft zur Zeit nicht mehr geboten werden kann, wenn Handelsverträge, die im Interesse der Allgemeinheit nöthig sind, zu Stande kommen sollen, so vertritt ich die Ansicht, daß auch alle der Landwirtschaft wohlwollende Abgeordneten die rechtzeitige Berücksichtigung des Zolltarifs eintreten müssen. Die Centralisierung des Bundes der Landwirthe anderer Meinung ist, ich aber meine Ansicht für begründet erachte, lege ich mein Amt als Reichstagsvorschlag des Bundes der Landwirthe nieder und trete aus dem Bunde der Landwirthe aus. Rittergut Hoford, 8. Dez. 1902. Grabner.“ — Dieser Standpunkt, so bemerkt die „Post“ weiter, ist, wenn er genau mit dem anderen Maßgebenden und einflussreicheren Landwirthe und Großgrundbesitzer des Reiches und ist, wie er auch jüngst in der Aufsicht des Landwirtschaftsministeriums zum Ausdruck gekommen ist.

* Der Kaiser unternahm Freitag Vormittag einen Spaziergang im Park von Sanssouci. Nach Tisch machten beide Majestäten einen Spaziergang. Zur Abendstunde war Admiral Soltmann geladen. Sonntags Vormittag hörte der Kaiser die Vorlesung des Staatssekretärs des Reichsministeriums und des Chefs des Marine-Ministeriums. — Der Kaiser verließ dem

wird, daß Unterjochung ausgeschlossen sind und insbesondere Gerichte, welche als Verwaltungsorgane verwendet werden soll, als solche zur Verwirklichung gelangen wird. Was die Vergütung der Richtergerichte betrifft, so wird bei den Vertragsverhandlungen den berechtigten Interessen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden.

Die verbindlichen Bestimmungen geben sich der Hoffnung hin, daß dieses hohe Gutes durch diese Verträge in der letzten Session des Reichstages und des Reichstages vollzogen werden wird. (Beifall bei der Rede.)

Hr. v. Wangenheim (Vand der Landwirtschaft): Meine Herren, ich werde mich bestrahlen, hier ganz kurz meinen Standpunkt noch einmal zu charakterisieren. Die wirtschaftlichen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben den unmissigen Nachweis geliefert, daß die deutsche Landwirtschaft sich in einer sehr unzulässigen Situation befindet, daß in einem großen Teile unserer landwirtschaftlichen Betriebe mit Verlust, in allen Wägen mit einer vollkommen ungenügenden Vermehrung des Anlagekapitals gearbeitet wird. Die deutsche Landwirtschaft ist und wird stets bleiben in wirtschaftlicher Beziehung das Fundament des christlich-monarchischen Staatsform, der Höhe und Weisheit des deutschen Volkes. Sowohl von Seiten der verbindlichen Regierungen, wie von allen Parteien ist die traurige Lage der deutschen Landwirtschaft vollkommen anerkannt, ebenso ist ihre Nachbesserung gegenüber der Industrie durch unsere jetzt bestehende wirtschaftliche Gesetzgebung, Abhilfe ist bei dieser Gesetzgebung zu beschaffen worden. Diese Abhilfe konnte nur erfolgen durch auskömmlichen Schutz. Das notwendige Maß dieses Schutzes ist von allen getragenen landwirtschaftlichen Organisationen festgestellt und sachlich begründet worden. Die verbindlichen Regierungen haben aber im Verein mit den Mehrheitsparteien des Reichstages trotz aller schönen Versprechungen es abgesehen, diese beschiedenen Forderungen der deutschen Landwirtschaft zu erfüllen, selbst aus Rücksicht auf diejenigen des Auslandes, die in dem Maße in zweiter Stellung darauf bedacht sind, wenn eine Befreiung der deutschen Landwirtschaft nicht erreicht werden konnte, doch mindestens eine weitgehende Verschlechterung ihrer Lage zu bewerkstelligen. Nun hat die Entscheidung der letzten Tagung der unmissigen Reichstages den Eindruck gemacht, ebenfalls schwerer noch die Statuten des Auslandes durch eine einseitig bevorzugte, künstlich geförderte Industrie geschädigt wird, welche durch die Entziehung der Arbeiter und landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Höhe einen jeden internationalen landwirtschaftlichen Betrieb schädlich beeinflussen würde. Aus diesen Gründen mußten wir nach Ablehnung unserer Anträge auf Verschärfung darauf bedacht sein, die von den verbindlichen Regierungen vorgeschlagenen, vielfach enorm gesteigerten Zölle für die Industrie soweit herabzusetzen, daß durch partielle Behandlung von Handelsverträgen zwischen uns und dem Ausland, die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht durch die Konkurrenz der Industrie einer weiteren schmerzhaften Schädigung ausgesetzt werden. Auch diese unsere Anträge sind von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt worden.

Der Zollrat in der Gesamtheit, welche er jetzt unter Zustimmung der verbindlichen Regierungen durch die Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet worden ist, hat sich für die deutsche Landwirtschaft durch seine Verweigerung, nicht auf die deutsche Landwirtschaft durch seine Verweigerung, nicht auf die Zölle eine ganz erhebliche Verschlechterung. Die minimalen Erhöhungen der wenigen gebundenen Getreidezölle werden gegenüber der gesteigerten Konkurrenz des Auslandes gegenüber weiter herabzusetzen werden zu wünschen von der Mehrheit des Reichstages sein, und namentlich im Laufe der bevorstehenden Verhandlungen von Seiten des Reichstages werden sich diese etwaigen Wirkungen vollziehen werden. Alle übrigen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden.

Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden.

Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden.

Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden. Die deutschen landwirtschaftlichen Zölle sind nicht gebunden und werden gewiss bei den neuen Handelsverträgen wieder aus dem Bereich der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wirtschaftlich und sachlich begründet, herabgesetzt werden.

annehmbarkeitsverpflichtungen der Regierungen halten? Was im Allgemeinen unannehmbar ist, muß es doch auch im Besonderen sein. (Sehr laut lachend.) Aber hat die allseitige Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

Die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie ist eine gewisse Unterjochung bewirkt. Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

Die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie ist eine gewisse Unterjochung bewirkt. Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

Die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie ist eine gewisse Unterjochung bewirkt. Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

Die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie ist eine gewisse Unterjochung bewirkt. Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

Die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie ist eine gewisse Unterjochung bewirkt. Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt? Was ist die Unterjochung der deutschen Landwirtschaft durch die Industrie nicht schon jetzt eine gewisse Unterjochung bewirkt?

einmalen keine weitere Verbreitung findet. Dennoch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die steigende Unzufriedenheit orthodoxer Unterthanen unter dem Druck vorübergehender Kommissen einen Aufbruch in die Zukunft herbeiführen werden. Die ungenügende Ausstattung der wirtschaftlichen Einrichtungen konnten nicht verhindern, Rußlands Wirtschaft zu erweitern, das von Alters her für das Schicksal der verwandten Stämme heilig ist. Die russische Regierung hat der Welt entsetzliche Verbrechen begangen, mit einem weiten Umkreise von Anhängern hat sie den russischen Kolonialisten in Konstantinopel beauftragt, nach Prüfung der irdischen Zustände über die Möglichkeit sofortiger Einführung administrativer Reformen in Mazedonien zu berichten, und ohne Unterlaß der künftigen Regierung deren Durchführung emporzuheben. Das Schicksal ist nicht außer Acht zu lassen, daß, so lange Unruhen in diesem Gebiete vorhanden sind, die für die russische Regierung Anlaß geben, Maßregeln gegen ausländische Unterthanen zu ergreifen, administrative Reformen und vollkommene Befreiung der Bevölkerung von Steuergrößen der Russen sehr schwierig sind. Dennoch ist die erste und Hauptbedingung für Erfolg nach dieser Richtung das Aufheben der Agitation der Komitees in Mazedonien, da sie den von ihnen beabsichtigten patriotischen Hohn nicht erwidern, sondern die Bevölkerung nur zu feindlichen Handlungen anzuregen und sie zu veranlassen, die russische Regierung zu beschuldigen. Die russische Regierung hat wiederholt Veranlassung, ihren Anstich über die macedonische Frage auszusprechen. Sie hat jeden Versuch der slavischen Stämme zu gewaltsamer Veränderung der durch internationale Vereinbarungen garantierten Lage auf dem Balkan zu verhindern, und die russische Regierung auch gegenwärtig, und angeht es denn erachtet sie es als zureichend, von Neuem der serbischen und der bulgarischen Regierung vornehmenden Rath zu geben und sie auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die in ihrem eigenen Interesse geschäftliche Relationen zu erörtern und zur Wiederherstellung der Ruhe auf dem Balkan liberale Maßnahmen zu ergreifen. Die russische Regierung ist bereit, in der besten Hoffnung, daß in dem gemäß allehöchsten Willens gemachten Vorstellungen gelebte die zu erreichen, darauf zu bestehen, daß die slavischen Stämme, die ihre Freiheit und Selbstbestimmung den europäischen Mächten verkaufen, ihren Willungen folgen werden. Der russische Kaiser hat sich für die Slavophilen, möglichen Kompensationen an der Balkanhalbinsel vorzubringen, findet die volle Zustimmung der übrigen Mächte. Die österreichische Regierung hat nicht verabsäumt, ihren Vertreter in Konstantinopel nach einem Justizschiedsamt mit dem russischen Botschafter zu beauftragen, sich den Schritten des russischen Botschafters bei der Fortsetzung der Notwendigkeit unverzüglicher Einführung von Reformen in Mazedonien anzuschließen.

Großbritannien.

Von M. N. L.

Das Neue B. B. berichtet aus Wexham vom 10. Dezember: Der russische Botschafter in London hat sich am 10. Dezember mit dem russischen Botschafter in London über die Notwendigkeit des Friedensschlusses hinsichtlich, über die Notwendigkeit des Friedens an der nördlichen Küste und die Anerkennung seiner Einflussnahme und die Beilegung der Schiedsrichter der Walfischerei verhandelt. Die Meldung von einer Ermordung des Botschafters danach der Begründung zu entnehmen.

Deutschland.

Berlin, 15. Dez. Der 35 Jahre alte Postkassierer Ernst Gollnow ist nach Unterlandung von 31500 Mark seit Donnerstag flüchtig. Die Veruntreuungen reichen bis März d. J. zurück. Der flüchtige, welcher wahrscheinlich nicht viel Geld mit sich führt, ist 1,70 Meter groß, hat hellblondes Haar und blonden Schuchbart.

Neu-York, 14. Dez. (Reuter-Meldung.) Ein Telegramm aus San Juan de Puerto Rico meldet, daß eine Anzahl von amerikanischen Kriegsschiffen belästigt eingetroffen seien zum Zweck von Manövern. Sie werden am 18. Dezember nach Trinidad gehen. Diese Schiffsbewegung hat nichts mit der Lage in Venezuela zu thun, da die Manöver bereits abgeschlossen waren, bevor sich die Dinge in Venezuela aufgelöst haben.

Aus Nah und Fern.

Der König von Sachsen nahm am Sonntag Nachmittag 5 Uhr an der Kammerfeier im Meißnerpalast teil. Der Kronprinz-Sarkophag wurde beiseite gerückt, doch ist die Majorität genötigt, auf einige Tage das Zimmer zu räumen.

Schwimmender-Einbruch. Aus dem Fortschrittshaus der Brüder Rosenbergs-Gesellschaft hat ein großer Einbruch stattgefunden. Die Mitglieder des Vereins sind in großer Zahl gefangen worden. Die Polizei hat die Mitglieder des Vereins in großer Zahl gefangen. Die Mitglieder des Vereins sind in großer Zahl gefangen. Die Mitglieder des Vereins sind in großer Zahl gefangen.

Cholera? Da in Danzow die Cholera ausgebrochen ist und diese Stadt in lebhaftem Interesse mit Berlin steht, hat der Sanitätsrat für die Residenz aus Besorgnis eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Jenes hat der Sanitätsrat die Untersuchung für Alexandria von sich auf lassen. Die Cholera ist in Danzow ausgebrochen ist und diese Stadt in lebhaftem Interesse mit Berlin steht, hat der Sanitätsrat für die Residenz aus Besorgnis eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Jenes hat der Sanitätsrat die Untersuchung für Alexandria von sich auf lassen.

Wassermangel in Schiffs. Die „Schiffliche Zeitung“ berichtet aus Aachen: Da es seit Ende Oktober nicht geregnet hat und anhaltender Frost herrscht, macht sich allenthalben großer Wassermangel geltend. In mehreren böhmischen Bächen verbleiben die Brunnen ganz. Auch im Eisenbahnbetrieb tritt Wassermangel ein. So fehlt auf der Station Diersdorf das Wasser gänzlich und muß in Trierwegen von Jannowitz herbeigeschafft werden.

Wanderer eine Zuchtstation. Der „Mittl. Gen.“ meldet aus Bielefeld: Freitag Sonntag fand in der Nähe von Donsbad in dem Lebenslage des Zuchtlandes eine Dynamitexplosion statt. Das Zuchtland ist in die Luft gesprengt, zwei in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden getötet. Schon vor einigen Tagen war in der Nähe der Zuchtland ein sehr schwere Unfälle getreten, insbesondere an den Brunnen; an den Werken, Docks und Molen, wo mehrere Hundert Mann Arbeiter beschäftigt sind. Auf den Ufern ist es zu einem Zwischenfall gekommen. Die Vernehmung des Sekretärs des Zuchtlandinstituts ist wegen öffentlicher Aufregung zum Aufbruch erfolgt; die Zuchtlandinstitute sind in die Luft gesprengt.

Charles L. Gilly

nur nach Maass.
Grosse Steinstrasse 15, gegenüber dem Halleschen Bankverein.
Anerkannt leistungsfähigstes Geschäft empfiehlt sich ergebenst.

